



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/99 - 30. April 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0326 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Karlsruhe</u> Von Dr. Erharät Eckert	99
3 - 4	<u>Ein historisches Ereignis</u> Nach der Tagung der Sozialistischen Internationale in Haifa Von Jesco v. Puttkamer, zur Zeit Haifa	84
5 - 6	<u>Licht- und Schattenseiten der</u> <u>Straßburger Europa-Tagung</u> Wenn Demokraten und Nichtdemokraten zusammensitzen Von Erich Hauer	103
7	<u>Zweimal KNA</u> Lob und Polonik in einem Pressedienst	47

* *

*

Karlsruhe

Von Dr. Erhardt Eckert

"Das ist unser Parteitag, aus dem wir Kraft schöpfen wollen!", rief Konrad Adenauer in seinem Karlsruher Schlußwort aus, um den 9. CDU-Bundeskongreß gegen den Vorwurf in Schutz zu nehmen, er sei matt und langweilig gewesen und hätte keine Sensationen gebracht. Diese Vorwürfe scheinen auf den ersten Blick in der Tat berechtigt zu sein, aber nur dann, wenn man vergißt, daß auch die früheren Bundesparteitage der CDU meist alles andere als munter, kurzweilig und ereignisreich gewesen sind. Die Abgeordneten, Delegierten und Funktionäre dieser CDU, die sich ihren dreimaligen Bundessieg wie einen Kranz aus betäubendem Kraut um den Kopf windet, gerät als typische Wählerpartei immer nur zu Wahlzeiten in Bewegung. In den Zwischenzeiten, vor allem zwischen den Bundeswahlen, sieht sie gläubig nach Bonn und läßt den Alten walten, der sie gleichzeitig auch als risikolose Garantie eines weiteren Bundeswahlsieges einplant.

Genau in dieses Schema paßte sich auch Karlsruhe ein, obwohl man dort unter anderem dem badisch-württembergischen Landestagswahlkampf neuen Odem einhauchen wollte. Trotz der Behauptung, man habe neue Gedanken und neue Töne entwickelt, die sich auch in der, vor Allgemeinheit und Banalitäten nur so strotzenden, Schlußentscheidung finden dürfte es aber mehr als schwierig sein, diese Novitäten zu entdecken. Adenauer wußte genau, was er tat, als er in seiner Pressekonferenz zum Abschluß des Parteitages auf die Frage nach diesen "neuen Tönen" das Journalistenkorz aufforderte, die "Töne" doch selbst zu finden. Er, Adenauer, hatte jedenfalls in Karlsruhe vom ersten bis zum letzten Tage immer nur die alte Melodie geblasen und war dabei auch nicht mit einem einzigen Ton von dem alten Notenblatt abgewichen.

Sollte in Karlsruhe also gar nichts geschehen sein, was zu verzeichnen wäre? Nein, denn wenn dieser 9. CDU-Kongreß auch keine neuen Töne im CDU-Lied hervorgebracht hat, so zeigt das Fazit dieser drei Tage in der Schwarzwaldhalle, in der, mit einer einzigen Ausnahme, durchweg nur Monologe geredet wurden, doch einige beachtliche Merkmale, die für Freund und Gegner der CDU gleichermaßen von Interesse sind. Die hervorsteckendsten Merkmale ergeben etwa folgende Liste:

- 1) Adenauers Parteiherrschaft ist trotz der vier Nein-Stimmen und zehn Enthaltungen, ein zweifellos bisher einmaliger Vorgang, zur Alleinherrschaft geworden, die er rücksichtslos ausnützt und ausspielt, auch auf die von ihr gering geachtete Gefahr hin, sich neue Feinde zu machen; der Hagel der Rügen, Tadel und Stäupungen auch gegen hohe und höchste Parteiprominente zeigt Adenauer in einer Rolle, die den Rahmen des Vorsitzenden einer demokratischen Partei bereits gesprengt hat; Die kaltblütige Einzismischung in die inneren Angelegenheiten des kleinen Koalitionspartners DP beweist überdies deren Satellitenstatus.
- 2) Der CDU ist es trotz energischster Anstrengungen nicht gelungen, ihr Ziel zu verwirklichen, aus einer Wähler- eine Mitgliederpartei zu werden; sie vermag außerdem ihren Mitgliederstand nicht zu erhöhen, denn die etwa 250 000 Mitglieder, die

sie heute bei einer Zunahme von rund 10 000 in zwei Jahren meldet, wurden bereits in früheren Parteitag, so Hamburg und Kiel, mitgeteilt; schließlich muß die CDU die Überalterung ihres Funktionärskorps verzeichnen.

- 3) Der sogenannte linke Flügel der CDU, der im wesentlichen durch die Arbeitnehmervertreter aus den Gewerkschaften, den CDU-Sozialausschüssen und der KAB repräsentiert wird, hat in Karlsruhe trotz versuchter Rebellion eine so entscheidende Niederlage erlitten, daß die Folgen für das Wirken der CDU in den Betrieben noch nicht zu übersehen sind. Die Arbeitnehmer-Delegierten, die noch am Donnerstag erstaunlich hart ihre Position verteidigten, gingen bis Freitagnachmittag fast widerstandslos - eine Nein-Stimme und fünf Enthaltungen gegen eine völlig verstümmelte Entschliesung zur Krankenversicherungsreform - in die Knie. Anton Storch hatte vergeblich vor einem weiteren Umsichgreifen des Vertrauensverlustes der CDU bei den Arbeitnehmern gewarnt.
- 4) Adenauer ist entschlossen, seine Außen- und Wehrpolitik unverändert und kompromislos fortzusetzen, wobei sich ganz klar eine neue Verhärtung im Sinne des Wiederauflebens des Kalten Krieges und der "Politik der Stärke" abzeichnet; von Bretons Thesen, daß es für das wiedervereinigte Deutschland keine Entscheidungsfreiheit gäbe, weil die Pakte der Bundesrepublik auch für Gesamtdeutschland gelten, wurde vom Kanzler bestätigt. Die Wiedervereinigung ist damit in den Bereich des Wünschenswerten gerückt worden.
- 5) Prof. Erhardt und Dr. Gerstenmaiers Reden lassen vor allem erkennen, daß die seit München von der SPD entwickelte Aktivität in dem Bestreben, die Kultur- und Wirtschaftspolitik nach den Gegebenheiten des neuen technischen Zeitalters auszurichten, auch die CDU zumindest zu ähnlichen Ansätzen gezwungen hat, die auf den von der SPD vorgetragenen Erkenntnissen und Forderungen aufbauen.
- 6) Das Bad Godesberger SPD-Programm ist zu einem ständigen Beunruhigungsmoment für die CDU geworden, dem sie auch in Karlsruhe noch keine Ansätze für die Erarbeitung und Dokumentation eines brauchbaren Gegenstückes entgegenhalten konnte. Die außerordentliche Breiten- und Tiefenwirkung von Godesberg war auch der Zwangsanlaß für Dr. Gerstenmaier, sich erstmalig vor dem höchsten CDU-Gremium ernsthaft und sachlich mit dem SPD-Dokument zu befassen, ein begrüßenswerter Vorgang, der aber sofort den bösen Tadel des Kanzlers für den Bundestagspräsidenten nach sich zog, weil Adenauer eine andere Art als die "Barzelei", die u.a. von dem CDU-Abgeordneten Dr. Barzel angewandte Methode des völligen Verzisses, aus Wahlkampfgründen für falsch hält.
- 7) Der Wahlkampf 1961 wird nach der Ankündigung Adenauers in härtester und rücksichtslosester Weise geführt werden, wobei die Hauptstöße fast ausschließlich gegen "unseren Gegner, die SPD", gerichtet werden sollen. Adenauers Karlsruher Reden lassen jetzt schon die Primitivtaktik der Verunglimpfung voraussagen, die von der CDU bis 1961 angewandt werden wird.

+ + +

Ein historisches Ereignis

Von Jesco von Puttkamer, z.Zt. Haifa

Die jüngste Geschichte hat uns vorsichtig gemacht im Gebrauch der Worte "historisches Ereignis". Wenn wir sie hier dennoch anwenden, dann nur deshalb, weil wir noch immer unter dem gewaltigen Eindruck stehen, den die Veranstaltung im Stadion von Haifa Donnerstagabend auf alle Beteiligten gemacht hat. Die MAPAI, Israels Labour Party, hatte zu Ehren der Delegation des Generalrates der Sozialistischen Internationale zu einer Kundgebung aufgerufen. 25 000 Bürger des Staates Israel, Arbeiter, Angestellte aus Haifa und von den Kibbuzer landwirtschaftlichen Genossenschaften der Umgebung, Gewerkschafter und viele junge Menschen, sie alle waren erschienen, um den fast 90 Delegierten der sozialistischen Parteien ihren Gruß zu entbieten.

Neben seiner Ministerpräsidenten, Guy Mollet, Gaitskell und dem indischen Parteiführer Nehru, sprach auch Erich Ollenhauer. Ollenhauer war sichtlich bewegt, als er von der Vergangenheit sprach, die niemals vergessen werden darf. Mit ihm spürten es nicht nur die Delegierten, sondern auch die Israelis, was es für einen deutschen Politiker bedeutet, erstmalig in der Geschichte vor 25 000 Juden in deutscher Sprache zu sprechen. Es waren Juden, unter denen, wie es der Chef der MAPAI-Delegation, Moshe Charrett, am nächsten Tag formulierte, kein einziger war, der nicht einen nahen Verwandten im Terror des NS-Regimes verloren hatte. Es hätte gar nicht der Einführung durch den Generalsekretär der MAPAI bedurft, der auf Ollenhauers politischen Kampf in der NS-Zeit verwies und an die Forderung der SPD nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel erinnerte. Das weite Rund des Stadions begleitete die Rede des Vorsitzenden der Deutschen Sozialdemokratie mit begeistertem Beifall und brachte damit zum Ausdruck, daß die Israelis bereit sind, Erich Ollenhauer, seiner Partei und der Politik, die sie vertritt, Vertrauen entgegenzubringen. - Es gab niemand, der dies nicht gespürt hätte, der zu dieser Zeitpunkt Zeuge eines politisch und menschlich gleichermaßen bedeutsamen Vorganges war.

Wenn auch für die deutschen Delegierten verständlicherweise das soeben geschilderte Ereignis größte Bedeutung hatte, so war doch auch die diesjährige Sitzung des Generalrates der Sozialistischen Internationale, die zum ersten Mal in Asien stattfand, ein sichtbarer Erfolg.

Delegierte und Beobachter aus Kenia, Tanganjika, Indien, Burma, Nepal und Japan griffen mit höchst lebhaften und teilweise kämpferischen Beiträgen und Berichten in die Debatte ein und drückten damit der Konferenz den Stempel auf.

Die Probleme Afrikas und Asiens standen im Vordergrund. Der demokratische Sozialismus hat zwingend erkannt, daß große und neue Aufgaben vor ihm stehen, ganz gleichgültig, wer in den einzelnen europäischen Staaten in der Regierung oder in der Opposition ist.

Der Generalrat billigte einen Beschluß des Büros, einen ständigen gemischten Ausschuß aus Vertretern Europas, Asiens und später Afrikas zu schaffen, der sich ausschließlich mit den Fragen sozialistischer Zusammenarbeit der drei Erdteile zu befassen hat. Hier liegt in der Tat eine Aufgabe vor den sozialistischen Parteien, die zu bewältigen sich lohnt. Hilfe und Unterstützung, wie sie bisher unter den verschiedensten Voraussetzungen und Methoden geleistet wurde, genügen allein nicht. Die bedingungslose Zusammenarbeit zwischen den alten sozialistischen Parteien und den jungen politischen Kräften weniger entwickelter Länder ist für die Wirkung und Durchschlagskraft des demokratischen Sozialismus von größter Wichtigkeit.

Der Generalrat hat sich auch intensiv mit der internationalen Lage vor der Gipfelkonferenz befaßt. Am Anfang der ausführlichen Diskussion stand ein Referat Gaitekells, am Ende eine einstimmig angenommene EntschlieÙung. Man konnte nicht erwarten, daß hier besonders neue Vorschläge gemacht werden würden. Der Hamburger Kongreß der Internationale liegt nur ein Jahr zurück. Außerdem haben sich die Ost-West-Probleme seither kaum geändert. Die Hamburger Forderungen sind noch in Kraft.

Wegen der entscheidenden Bedeutung der Gipfelkonferenz jedoch hat der Generalrat die Grundforderungen der internationalen Sozialisten nochmals zusammengefaßt:

Beendigung der Atomwaffenversuche,
keine Erweiterung des Atomclubs,
Abkommen über eine schrittweise und kontrollierte Abrüstung.

Zur Deutschlandfrage sagt der Generalrat, daß eine Zone mit begrenzter und kontrollierter Bewaffnung in Europa helfen würde, das deutsche Problem leichter zu lösen. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß Berlin wieder Hauptstadt eines vereinten Deutschland wird. Wenn jedoch eine Zwischenlösung für Berlin gefunden wird, dürfe dabei die Verantwortung der vier Mächte nicht aufgegeben und der gegenwärtige Status nicht verändert werden. Vor allem darf die Freiheit Westberlins nicht angetastet werden.

Diese EntschlieÙung, der noch weitere zu den Problemen Afrikas, Asiens und des Mittleren Ostens folgten, wurde von 90 Delegierten aus 30 Ländern der Welt gefaßt.

Die Gipfelkonferenz kann deshalb an diesem Votum nicht vorübergehen. Der demokratische Sozialismus, das hat die Konferenz in Israel gezeigt, ist eine ständig wachsende politische Kraft in der Welt.

Licht- und Schattenseiten der Straßburger Europatagung

Von Erich Hauer

Wer gemeint hatte, nach den für die Sozialisten enttäuschenden Ausgang der Wahlen für das Präsidium und die wichtigsten Ausschussvorsitze in der Beratenden Versammlung des Europarates halte die diesjährige Frühjahrstagung der Straßburger Versammlung nichts Bemerkenswertes mehr bereit, der konnte zum Schluss doch noch angenehm enttäuscht werden. Es zeigte sich klar und deutlich: England und die skandinavischen Staaten kehren zu Europa zurück. Der dänische Ausschussminister Krag, der im Januar noch über den Hallstein-Plan verzweifelte, die drohende Spaltung des freien Europas als eine fast zwangsläufige Folge der rücksichtslosen Europakonzeption des EWG-Präsidenten vor den Abgeordneten ausbreitete, konnte sich diesmal hoffnungsvoll und eines Ausgleichs zwischen dem Europa der Sechse und den Sieben EFTA-Ländern fast sicher geben. Die Kerbe, in die er hieb, war von mehreren britischen und skandinavischen Sprechern geschlagen worden. Ihr Optimismus ging noch weiter. Manchmal war zu vermuten, der Ausgleich zwischen den beiden Wirtschaftsformungen EWG und EFTA, der sich das gängige Modewort vom Brückenschlag vorgelegt hat, sei bereits gefunden.

So weit ist es aber nun noch lange nicht und die kommenden Monate werden das auch zeigen. Eines ist aber klar, die Briten - vielleicht unter dem Druck der willigeren und wahrscheinlich auch in ihren tiefsten Interessen noch stärker berückten Skandinavier - verlassen den aus Trotz und Verärgerung über eine eigensinnige und eigensüchtige Klein-Europapolitik gebauten Turm und beginnen wieder im europäischen Konzert mitzuspielen. Einen ersten Ansatzpunkt wird die umgebaute und auf die Hilfe für die Entwicklungsländer besonders ausgerichtete OECD (bisher OEEC) bieten, deren parlamentarisches Gremium auch die Beratende Versammlung des Europarates sein soll. Für diese Fall-zu-Fall-Aufgabe wird sich die Beratende Versammlung um Abgeordnete der fünf Länder erweitern, die bisher zwar schon Mitglied der OEEC, nicht aber des Europarates gewesen sind. Es geht hier um die USA, um Kanada, die Schweiz, Portugal, und um Spanien.

Aber auch ohne diese Fortentwicklung gibt es genügend Grund, von einer europäischen Versöhnung in Straßburg zu sprechen. Die Hoffnung bleibt, dass sie sich von den Parlamentariern auf die Verantwortlichen in den Regierungen überträgt und vielleicht schon Mitte Mai, wenn der EWG-Ministerrat zusammentritt, erste Weichen zu einer umfassenden europäischen Zusammenarbeit gestellt werden.

Aber auch politisch war die Straßburger Session auf Teilgebieten nicht ohne Delikatessen. So verließen die Bürgerlich-Konservativen und vor allem die deutschen Christdemokraten endgültig ihre bisherige Position in der Frage der Aufnahme "demokratisch nicht freigewählter Abgeordneter" in die europäische Versammlung. Die klare und eindeutige Entscheidung, für die Aufnahme spanischer Delegierter in die Beratende Versammlung in der vorgesehenen Eigenschaft für die OECD hat eine Tür aufgestossen, die eines Tages bedeutsam sein kann, wenn die Beteiligung osteuropäischer Länder in den Bereich der Möglichkeiten käme.

Das für Spanien abgegebene Votum wurde selbstverständlich mit den verschiedensten Argumenten umkleidet: Vor allem der deutsche Christdemokrat Dr. Kupf leistete in dieser Hinsicht noch am letzten Sitzungstag Erstaunliches, ohne daß indessen der entscheidende Umstand, nämlich die Akzeptierung der spanischen Unionskraten, hätte verschleiert werden können. Die Beratende Versammlung, dessen kann man gewiß sein, wird sich auch an die Spanier gewöhnen.

Als die ersten alarmierenden Pressemeldungen über die blutigen Unruhen in der Türkei in das Straßburger Europahaus einliefen, präsiidierte gerade der türkische Vizepräsident Aktas, der tags zuvor mit der höchsten Stimmenzahl gewählt worden war, und dessen Name das wichtigste politische Papier dieser Session, den Bericht des politischen Ausschusses zur bevorstehenden Gipfelkonferenz, zierte. Dieses Mitglied der in der Türkei herrschenden Regierungspartei, die es ihrer Opposition verbietet, in Straßburg Vertreter zu sein, agiert auf der europäischen Parlamentsbühne wie ein patentierter Demokrat, und man kann sicher sein, daß die Mehrzahl der übrigen Abgeordneten kaum etwas dabei findet. Als die türkischen Nachrichten bekannt wurden, mag der eine oder der andere darüber nachgedacht haben und vielleicht zu dem Schluß gekommen sein, daß die wichtigste Grundlage der Demokratie und des Parlamentarismus ihre Glaubwürdigkeit ist.

Daran fehlt es in Straßburg. Daran fehlt es vor allem, als vor dem Hintergrund der türkischen Vorgänge der Minister für Gesamtdeutsche Fragen, Lemmer, aufstand und den betroffenen Europa-Delegierten die schrecklichen Begleitumstände und Folgen der vollzogenen Zwangskollektivierung in der Sowjetzone deutlich machte.

Was können solche Proteste aber für einen Sinn haben, wenn sie mitgesprochen werden von Männern, die selbst nur ein lockeres Verhältnis zur politischen Fairness und zu der Achtung vor der Freiheit auch der Opposition in der Demokratie haben?

Zur Farce oder auch zum politischen Panoptikum wurde die Szene, als die Bundesregierung durch ihren Minister von Merkatz zur Gipfelkonferenz und zu den deutschen Problemen eine Erklärung verlesen ließ, von der es in den Kulissen gewichtig hieß, Brentano selbst habe sie verfaßt. Wenn das zutrifft, dann müßte sich der bundesdeutsche Außenminister - vor allem nach seinen Erkenntnissen, die ihm die letzte West-Außenministerkonferenz Anfang April in Washington bescherte - nun tatsächlich sein Lehrgeld wiedergeben lassen. Im Europa-Saal werden wahrscheinlich nicht gar zu viele der nichtdeutschen Abgeordneten die deutschen Probleme, und was sich seit Genf 1959 daraus entwickelt hat, so beherrschen, daß ihnen die Widersprüche sofort erkennbar waren. Trotzdem war eine Belustigung kaum noch zu überschauen, als von Merkatz in seiner treudeutschen Pathetik manifestierte, die Bundesregierung werde von dem westlichen Friedensplan, der in Genf die ersten drei Tage nicht überlebt hatte, nicht abgehen und auf seiner Durchsetzung strikt beharren. Das hatte nun zwar von Brentano noch am letzten Tage der Genfer Konferenz auch noch gesagt, aber die Zeiten haben nichts dazu getan, was die Chancen dieses toten Planes hätten ändern können. Aber mit der Aktualität ist es in Straßburg so eine Sache. Die mit webendigen mehrsprachigen Jünglingen und Sekretärinnen aller Herren Länder geölte Bürokratie wirkt fort, und die Perfektion der Produktivität von Drucksachen und schriftlichen Unterlagen, von denen die meisten reine Deklamationen sind, ist hier zu einem blühenden Selbstzweck entwickelt. + + +

Zweimal KNA

sp - 600 Hamburger Katholiken, so berichtet die Katholische Nachrichtenagentur (KNA), haben an einer Veranstaltung für katholische Eltern, Lehrer und Seelsorger in der Hansestadt teilgenommen. Die Hamburger Vorsitzende des Vereins katholischer Lehrerinnen, so berichtet KNA weiter, habe mitgeteilt, dass die private katholische Bekenntnisschule vom Staat, als von einem in seiner Mehrheit sozialdemokratisch besetzten Senat großzügig unterstützt würde. Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges seien in Hamburg acht katholische Schulen neu errichtet worden. Die Zuhörer haben diese Worte einer prominenten katholischen Lehrerin mit ausserordentlich lebhaftem Beifall bedacht.

Einige Seiten weiter vernimmt der erstaunte Leser eine unsachliche Polemik gegen das neue Programm der SPD. Ein gewisser Dr. Albrecht Breckel, Direktor der katholisch-sozialen Akademie in Bistum Münster, konzediert zwar der Sozialdemokratie, dass sie in ihrem Programm freundliche Worte für die Kirche gefunden habe. Aber, so fährt er fort, da die SPD früher eine "bewusst atheistische" Partei gewesen sei, könne man mit einer deutlichen und überzeugenden Änderung erst in 50 Jahren rechnen. Der Bericht aus Münster enthält noch weitere unsachgemässe Unterstellungen, deren Aufzählung wir uns ersparen möchten.

Die erste KNA-Meldung bestätigt also einmal mehr, dass in den Ländern, wo Sozialdemokraten die Regierung tragen, Freiheit und Toleranz bestimmend dafür sind, dass die Einrichtungen der christlichen Konfessionen in grosszügiger Weise unterstützt werden. Die zweite hier zitierte Meldung ist ein Beweis dafür, in welcher verantwortungsloser Weise gewisse Kreise die Sozialdemokratie in den Augen der Katholiken herabzuwürdigen versuchen. Von Münster aus startete im Wahljahr 1957 die sogenannte Aktion "Mundfunk" gegen die SPD. Jetzt, ein Jahr vor den Wahlen zum vierten deutschen Bundestag, beginnt in Münster eine erneute Polemik gegen die SPD.

Wir verweisen Herrn Dr. Breckel auf die gewisse offiziösen Darlegungen der katholischen Lehrer in Hamburg, wir erinnern ihn daran, dass es die 1958 abgelöste Landesregierung von Nordrhein-Westfalen war, die unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Fritz Steinhoff den freien Schultag der Erstkommunikanten nach der Feier ihres hohen Festtages verfügte. Jahrelang hatten Geistliche und Erzieher darum gekämpft. Es sei erinnert an die großzügige Förderung des Katholikentages in Köln 1956 durch dieselbe Landesregierung. Das alles geschah vor der Verabschiedung des Godesberger Parteiprogrammes. Mit Genugtuung kann die SPD jedoch feststellen, dass weite Kreise der Katholiken in Deutschland dem Kurs eines Dr. Breckels nicht mehr folgen. Die zahlreichen positiven Kommentare aus katholischer Sicht zum Grundsatzzprogramm der SPD haben es bewiesen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel